

Gedenken an die Opfer des 9. November 1938 ist Mahnung für die Zukunft!

Der 9. November ein Tag der Mahnung und des Gedenkens. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, brannten in ganz Deutschland Synagogen und Jüdische Geschäfte. Wohnungen und Friedhöfe wurden geplündert und zerstört; Menschen zusammengeschlagen, verhaftet, in Konzentrationslager verschleppt und ermordet. Dieser Tag erinnert bis heute an die menschenverachtenden Verbrechen der Nationalsozialisten. Er ist Mahnung gegen Antisemitismus, gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rassismus, gegen Faschismus und Krieg. Der Landtag Nordrhein-Westfalen bekräftigt die Bedeutung dieses Gedenktages für Gegenwart und Zukunft unseres Bundeslandes.



Mike Kenneally | unsplash.com/@asthetik

Lesen Sie hierzu die Resolution aller Mitglieder des Landtags [Bitte hier klicken](#)

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,*

beim ersten Plenum im November gab es neben den Punkten auf der Tagesordnung natürlich vor allem ein Gesprächsthema im Landtag NRW: die Wahl Donald Trumps zum nächsten Präsidenten der USA. Ein erschreckendes Ergebnis, das einen neuen Politikstil bestätigt, dessen (Negativ-)Konsequenzen noch niemand abschätzen kann. Ein Thema also, das viele Abgeordnete und MitarbeiterInnen gleichermaßen beschäftigte. In den Plenarsitzungen ging es derweil u.a. um die erzielte Einigung beim Bund-Länder-Finanzausgleich, über die die Landesregierung unterrichtete, die Leverkusener A1-Brücke oder auch die Erprobung von Distanzelektroimpulsgeräten bei der Polizei. Viel Spaß beim Lesen!

Ihr




Die Kölner SPD-MdL

Gemeinschaftsbüro der Kölner SPD-Landtagsabgeordneten

Tel: 0221 - 99 55 99 74 | Fax: 0221-99 55 99 76

koelnerspdmdl@landtag.nrw.de

eva.sundermann@landtag.nrw.de

judith.silbernagel@landtag.nrw.de

**DIE KÖLNER SPD -
LANDTAGSABGEORDNETEN**

Für Sie gehen wir bis nach Düsseldorf!

Martin Börschel | Stephan Gatter | Ingrid Hack | Gabriele Hammelrath | Andreas Kossiski | Jochen Ott | Lisa Steinmann

Aktuelle Stunde: LKW-Sperren auf der A1-Brücke Leverkusen

Ein Beispiel für populistisches und postfaktisches Verhalten der CDU-Landtagsfraktion bot sich am vergangenen Donnerstag bei der aktuellen Stunde zur A1-Brücke in Leverkusen. Auf Antrag der CDU wurde über die Lastwagen-Sperranlage an der Autobahnbrücke, die dringend saniert werden muss, kontrovers diskutiert. Für die SPD-Fraktion ist klar, dass die Sperranlage als Maßnahme alternativlos ist. Hier können die einzelnen Wortbeiträge von Minister Groschek und der Abgeordneten Jochen Ott und Andreas Becker angeschaut werden:



[Zum Video Jochen Ott:](#)

Rede ab [Minute 00:14:00](#)

[Zum Video M. Groschek:](#)

Rede ab [Minute 00:44:00](#)

[Zum Video Andreas Becker:](#)

Rede ab [Minute 01:00:00](#)

Ergebnisse der Verhandlungen zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen: 1,4 Milliarden Euro mehr für NRW

Die Verhandlungen waren lang und hart, aber das Ergebnis hat sich gelohnt: Der bisherige Länderfinanzausgleich wird abgeschafft, die Bundesländer und die Bundesregierung haben sich auf ein neues System geeinigt, das ab 2020 greift. Und vor allem: Nordrhein-Westfalen erhält dann 1,4 Milliarden Euro mehr. Das ist ein großer Erfolg für Hannelore Kraft und Norbert Walter-Borjans, die sich mit ihren Vorschlägen gegen anfangs massive Widerstände durchgesetzt haben. Nordrhein-Westfalen kann endlich mehr von dem behalten, was hier erwirtschaftet wird, die Kernforderung, den ungerechten Umsatzsteuervorgang auszugleichen, wurde durchgesetzt. Jetzt wird noch klarer, dass NRW ein Geberland ist. Am Ende steht ein System das transparenter und gerechter ist und gleichzeitig die Solidarität mit den finanzschwachen Ländern sicherstellt. Die Landesregierung unterrichtet zum Auftakt der Plenarsitzung den Landtag über das Verhandlungsergebnis.

[Zum Video der Rede von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft:](#)

Ab [Minute 00:11:00](#)

Mitarbeiterinteressen beim Landesbetrieb Straßenbau.NRW müssen berücksichtigt und der Einstieg in die Privatisierung der Bundesfernstraßeninfrastruktur verhindert werden

Im Rahmen dieser Bund Länder Verabredung wurde auch eine „Infrastrukturgesellschaft Verkehr des Bundes“ beschlossen, die darf jedoch aus unserer Sicht nicht zu einer Privatisierung des operativen Geschäftes führen. Der Landesbetrieb Straßenbau.NRW ist durch die tatkräftige Unterstützung der Landesregierung heute eine effiziente und transparent arbeitende Landesbaubehörde, in der eine sehr gute Beteiligungskultur durch aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herrscht. Diese müssen in die Abstimmungsprozessen des Bundes zur „Infrastrukturgesellschaft Verkehr“ eingebunden werden.

SPD und Grüne fordern die Landesregierung auf folgende Kernforderungen einzubringen: Das Eigentum an den Bundesfernstraßen sowie an der Gesellschaft bleibt beim Bund, um kein Spekulationsobjekt wirtschaftlicher Interessen zu werden. Die Handlungsempfehlungen der Bodweg-Kommission sollen beibehalten werden, insbesondere auch für die überjährige Finanzierung von Bundesstraßenprojekten. Zudem muss für alle Beschäftigten des Landessbetriebs Straßenbau.NRW eine Arbeitsplatzgarantie in ihrer Region angestrebt werden.

Zum Video der Rede von Andreas Becker: Ab Minute 01:54:00

Zum Video der Rede von Minister Groschek: Ab Minute 02:20:00

Zum Entschließungsantrag: Bitte hier klicken

20 Jahre Landesintegrationsrat – Herzlichen Glückwunsch!

In einer Feierstunde würdigte das Parlament in dieser Woche das 20jährige Bestehen des Landesintegrationsrates NRW. Der langjährige Vorsitzende, unser Kölner Genosse Tayfun Keltek, blickte auf die Entwicklung dieses in Deutschland nach wie vor einzigartigen Gremiums zurück, das zunächst die landesweite Vertretung der Ausländerbeiräte war. Wir danken nicht nur Tayfun Keltek und den Ehrenamtlichen an der Spitze des Rates, sondern auch den zahlreichen ehrenamtlichen Integrationsrätinnen und –räten, die in den Kommunen unseres Landes wertvolle Mitwirkungsarbeit leisten. Zentrale Forderungen des Landesintegrationsrates sind das kommunale Wahlrecht für MigrantInnen und die stärkere Berücksichtigung der Mehrsprachigkeit von MigrantInnen. Aktuell beteiligen sich die im Rat Engagierten auch in ganz NRW an der großen Aufgabe, geflüchteten Menschen vor Ort beim Ankommen und Einleben zu helfen und ihre eigenen Erfahrungen weiterzugeben. Tayfun Keltek rief dazu auf, nicht noch einmal die Fehler zu machen, die bei den „Gastarbeitern“ gemacht wurden.

Hier geht es zur Seite des Landesintegrationsrates:

Bitte hier klicken

Hier geht es zur Rede von Regierungspräsidentin Carina Gödecke zum Festakt am 08.11.16:

Bitte hier klicken

Opposition fordert Elektroimpulsgeräte für Polizei im Alltagsdienst

So genannte Distanzelektroimpulsgeräte (DEIG), die fälschlicherweise oft nach dem Weltmarktführer dieser Herstellerfirma, der Firma Taser, benannt werden, gehören seit langer Zeit vor allem in den USA und Kanada bei der Polizei im täglichen Dienst zur zusätzlichen Bewaffnung. Wegen einer Vielzahl von Todesfällen stehen diese Geräte allerdings seit Jahren in der internationalen Kritik, nicht zuletzt auch deshalb, weil ein unsachgemäßer Gebrauch die Ursache setzte. Die Geräte verschießen an Drähten befestigte und mit Hilfe von Druckgas angetriebene pfeilförmige Elektroden. Beim Auftreffen fließt zwischen den beiden Elektroden Strom (ca. 2,1 mA) mit hoher Spannung (50.000 Volt) für ca. 5 Sekunden. Der Stromstoß kann mehrfach wiederholt werden. Der hochfrequente Strom stört und überlagert das zentrale Nervensystem und erzeugt so unkontrollierbare Kontraktionen von Muskelgewebe. Er beeinflusst das sensorische und das motorische Nervensystem. Der Betroffene ist in der Regel sofort handlungsunfähig und stürzt zu Boden.

Auf der Grundlage einer Empfehlung der Innenministerkonferenz aus dem Jahr 2001 wurden diese Geräte in bislang dreizehn Bundesländern, einschließlich Nordrhein-Westfalen, angeschafft, werden allerdings wegen des besonders hohen Ausbildungs- und Übungsbedarfs nur durch Einsatzkräfte der Spezialeinsatzkommandos (SEK) angewandt. Aufgrund der Einsatzerfahrungen und der damit einhergehenden taktischen und technischen Möglichkeiten ist sichergestellt, dass auch bei Geräteversagen oder unzureichender Wirkung alternative Taktiken und Techniken durch ein SEK-Kommando unverzüglich eingesetzt werden können. Diese Tatsache und vor allem die Begründung, weshalb Distanzelektroimpulsgeräte nur beim SEK Verwendung finden, wurde seitens des Innenministeriums allein in dieser Legislaturperiode als Antwort auf sechs Kleine Anfragen der CDU jeweils umfassend mitgeteilt. Umso mehr erstaunt jetzt, dass (ausgerechnet) die FDP zur Plenumsitzung am vergangenen Mittwoch (09.11.2016) einen Antrag einbrachte, der die Einführung dieser Geräte zur Erprobung im täglichen Einsatzgeschehen fordert.

Während Redner von FDP und CDU trotz der bekannten Problematik für die Ausstattung der gesamten Polizei mit diesen Distanzelektroimpulsgeräten plädierten, hielten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten dagegen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung einstimmig an den Innenausschuss verwiesen.

Andreas Kossiski, der in der Debatte für die SPD-Fraktion sprach, machte deutlich, dass wegen der komplexen polizeitaktischen Anwendung ein entscheidender Unterschied darin besteht, ob – wie bislang – ein ganzes SEK-Kommando mit diesen Geräten arbeitet oder nur eine Streifenwagenbesatzung mit zwei Polizeibeamtinnen oder –beamten. Er bemängelte außerdem, dass die FDP mit ihrem Antrag ausschließlich Werbung für die Herstellerfirma Taser macht. Andreas Kossiski wörtlich: „Und berufen Sie sich jetzt bitte nicht auf meine Oma, die immer Rama gesagt hat, wenn sie Margarine meinte.“

Rede von Andreas Kossiski im Video: [Ab Minute 8:42:00](#)

Letzte ausstehende Handlungsempfehlungen der Ehrenamtskommission werden nun zum Gesetz!

Zu den Grundpfeilern unseres demokratischen Verständnisses gehört die Abbildung einer Pluralen Gesellschaft. Diese sollte sich nicht nur in den eigenen Reihen des Landtags widerspiegeln, sondern – und das ist besonders wichtig – auch vor Ort sichtbar werden. Vor Ort in den Bezirksvertretungen, den Räten und Kreistagen. Unsere Gesellschaft ist vielfältig und soll es auch bleiben. Gerade in diesen Tagen, in denen Menschen andere Menschen aufgrund ihres Aussehens, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder anderer Merkmalen ausgrenzen, ist es wichtiger denn je alle Menschen mitzunehmen und zu begeistern sich zu engagieren. So sollen auch kommunale Räte die Vielfalt der Gesellschaft breitgefächert und repräsentativ abbilden. Die Ehrenamtskommission des Landtags NRW hat in gut zwei Jahren ihrer Tätigkeit unter dem Vorsitz der Kölner Abgeordneten Lisa Steinmann Handlungsempfehlungen erarbeitet zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das kommunale Mandat. Aus diesen geht nun abschließend das vorliegende Gesetz zur STÄRKUNG DER KOMUNALEN SELBSTVERWALTUNG hervor. Nach der bereits erfolgten Anhebung der Aufwandsentschädigungen und der maßgeblichen Verbesserungen von Fraktionsausstattungen & Mitteln werden so die ausstehenden Verbesserungen für kommunale Mandatsträger umgesetzt und unterstreichen die Bedeutung, die SPD & Bündnis90/Die Grünen der Stärkung des kommunalen Ehrenamts beimessen:

- Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Einführung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende in den kommunalen Vertretungen
- Absenkung der Schwellenwerte, ab denen stellvertretende Fraktionsvorsitzende mit Anspruch auf zusätzliche Aufwandsentschädigungen gewählt werden können- Ermächtigungsgrundlage zur Einführung eines landesweit einheitlichen Mindest- und Höchstsatzes für den Verdienstausschlag
- Anhebung und Staffelung der Mindestfraktionsstärken und Neuregelung des Abstand zwischen Fraktionen & Gruppen bei den Zuwendungen zu den Aufwendungen für die Geschäftsführung

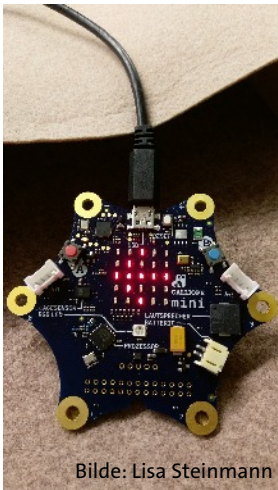
Ausdrücklich hervorzuheben ist darüberhinaus die Verankerung von Seniorenvertretungen, Behindertenvertretungen, Jugendvertretungen und Vertretungen entsprechender anderer Gruppen in der Gemeindeordnung. Mit dieser Ergänzung folgt der Landtag mit den Stimmen von SPD, CDU & Bündnis90/Die Grünen nicht nur den Anregungen aus der Sachverständigenanhörung, sondern erreicht auch die Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände und der Landesregierung zu diesem Gesetz. Kommunale Mandatsträger sind die demokratische Basis, die sich tagtäglich mit den kleinteiligsten, aber unmittelbarsten Anliegen der Bürger befassen. Dieses Gesetz stärkt den Menschen, die sich kommunalpolitisch in Verantwortung bringen, den Rücken.

„Wir – als gewählte Berufspolitiker – dürfen niemals vergessen, welche anspruchsvolle und verantwortungsvolle Arbeit unsere Lokalpolitiker tagtäglich leisten. Ich hoffe, dass auch der künftige Landtag, sich dieser Verantwortung gegenüber den Kommunalen bewusst bleibt und weiterhin für die stete Verbesserung dieser Leistung eintritt.“ so Lisa Steinmann in ihrer Rede im Plenum, und schließt mit einem Zitat der Preisträgerin des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Carolin Emcke: „Demokratie ist keine statische Gewissheit, sondern eine dynamische Übung.“

Der Mini-Computer #Calliope – Chance früher digitaler Bildung für alle?

Deutschland ist in vielen Bereichen schon längst im Digitalen Zeitalter angekommen. Der Breitbandausbau in NRW kommt gut in Fahrt und der Oberbegriff „Industrie 4.0“ beschäftigt nicht nur die Unternehmen, sondern auch zunehmend die Politik. Doch die Ausstattung von Schulen mit digitalen Möglichkeiten ist noch immer sehr begrenzt und bei weitem nicht auf dem neusten Stand. Oftmals scheitert es schon an der mangelhaften WLAN Verbindung im Klassenraum.

Daneben mangelt es auch aber auch am technischen Verständnis von Schülern und Lehrern. Diese Lücke zu schließen haben sich Stephan Noller zusammen mit Gesche Joost und Maxim Loick zur Aufgabe gemacht.



Bilde: Lisa Steinmann

Mit der Neuentwicklung von #Calliope, einem Mini-Computer, soll bereits ab der Grundschule technisches Grundwissen vermittelt werden. Denn unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen, auf die die Schulen ihre Schüler bis dato nur unzureichend vorbereiten. Dabei ist die Offenheit der Lehrenden besonders wichtig, die geschult werden müssen und die Bereitschaft haben müssen diesen auch in ihren Unterricht einzubinden. Vorteil dieser offenen Platine mit integrierten Funktionen wie Leuchtdioden, Schriftzügen, Lautsprechern, Bewegungsmeldern, Lager-, Licht- und Temperaturerkennung u.v.m. ist, dass der Computer sich mit den Schülern in der Praxis immer weiter entwickelt, da er für die unterschiedlichsten Anwendungen unmittelbar programmiert werden kann. Hintergedanke ist das Ziel, digitale Neugier zu wecken und digitales Wissen bereits in der Grundschule zu etablieren.

Offiziell wird der Öffentlichkeit das vom Bundesministerium für Wirtschaft geförderte Projekt am 17.6. November auf dem nationalen IT-Gipfel im Saarland vorgestellt. Bereits im Vorfeld ist Stephan Noller der Einladung von Lisa Steinmann gefolgt und hat Calliope der Medienrunde & den schulpolitischen Abgeordneten der SPD-Fraktion im Landtag präsentiert. Vorbild ist Großbritannien, wo alle Siebtklässler mit dem sogenannten micro:bit ausgestattet werden. Bis in Deutschland flächendeckend ein solcher PC eingeführt werden kann wird noch viel Zeit vergehen.

Die Bundesländer Saarland und Bremen machen jetzt den Anfang und streben eine flächendeckende Einsatz des Mini-Computers Calliope an. „Mit dieser praktischen und spielerischen & praktischen Anwendung kann es uns gelingen, Schülerinnen und Schülern in NRW frühzeitig das Verständnis hinter den Einsen und Nullen zu vermitteln und die besten Grundlagen für Digitale Bildung im Schulalltag zu ermöglichen“ betont Lisa Steinmann.

#hutab Respekt vor dem kommunalen Ehrenamt

Politik gestalten - oft mehr Berufung als Beruf. Nur wenige haben die Möglichkeit oder den Wunsch sich hauptberuflich in ein politisches Leben zu stürzen. Die Hauptlast trägt – und deswegen gilt Ihnen auch der ausdrückliche Dank – denjenigen, die sich tagtäglich den Strapazen von Kommunalpolitik stellen, die sich aktiv mit der politischen Meinungsbildung und dem demokratischen Prozess auseinandersetzen, neben Beruf und Familie, Freunden und Freizeit. Mitglieder des Landtags und des Bundestags sitzen als Abgeordnete – als Berufspolitiker – in den Parlamenten. Die Ausübung der Tätigkeit ist ihr Job und ihre Lebensmitte, eine Dienstleistung auf Zeit, eine große Ehre und Verantwortung.

Als Profis sind sie Personen des öffentlichen Rechts, genießen Immunität und werden gemessen an ihren Taten. Medien berichten über parlamentarische Debatten, Zuschauer lauschen von den Tribünen, können auswärts dem #livestream folgen oder sich geführte Gefechte im Videostream nachträglich ansehen. Das ist das demokratische Grundverständnis. Das ist gut und wichtig!



Bild: Staatskanzlei des Landes NRW

Sie sind aber geschult im Umgang mit Kritik und leider immer häufiger auch mit Anfeindungen. Lokalpolitiker, die kommunalen Mandatsträger, üben politisches Handeln in der Ehrenamtlichkeit aus. Kommunalpolitik ist ihr Hobby, meist auch Ihre Leidenschaft, ist ein persönlicher Einsatz neben Beruf und Familie. Im Alltag sind sie Arbeitskollege, Vorgesetzter, Angestellter, Dienstleister, Unternehmer oder Handlungspartner – sind sie Menschen – so das Ideal, das wir für ein parlamentarisches Abbild anstreben – die ihren Alltag in verschiedenen Berufen & Lebensumständen verbringen. Sie versuchen nach Feierabend und am Wochenende die vielfältigen Maßnahmen in Realität umzusetzen. Die Zeiten haben sich dabei geändert. Eine aktuelle Studie des Ministeriums für Inneres und Kommunales hat gezeigt, dass auch Kommunalpolitiker zunehmend angegriffen werden – verbal und teilweise tätlich. Dafür, dass sie trotz dieser Tätigkeiten nicht die Lust an politischer Arbeit verlieren, gebührt Ihnen der allergrößte Respekt!

Um ihre Persönlichkeitsrechte zu schützen hat die SPD gegen den Antrag der Piraten Partei Drucksache 16/13332 gestimmt. Schon heute nutzen bereits viele kommunale Gremien, Livestream oder Videoübertragungen. Die Freiwilligkeit ist unserer Meinung nach dabei zentral. Die SPD ist der Ansicht, dass auch in Zukunft diese Entscheidung allein den kommunalen Gremien selbst und den Beteiligten überlassen werden muss.

Weiterlesen: [Drucksache 16/13332](#)

Besuch aus Zollstock im Landtag

Es freute mich sehr, in dieser Woche Mitglieder der „Freunde des Zollstocker Dienstagszugs“, des Bürgervereins Zollstock und der „Chevaliers von Cöln 2009“ in Düsseldorf begrüßen zu können. Lange war die Einladung ausgesprochen – nun hatte es endlich geklappt. Nach der üblichen Einführung in die parlamentarische Arbeit durch den Besucherdienst und der Stunde im Plenarsaal traf ich die Besucherinnen und Besucher zur Diskussionsrunde. Und wie so oft wurde die mangelnde Präsenz der Abgeordneten während der Debatte kritisiert. Das Verständnis für die „Lücken“ steigt dann in dem Maße, indem man die Gründe dafür benennt. Dazu gehören Gespräche mit Gästen, den Kollegen und Kolleginnen aus der Region, oder mit Verbänden, Vereinen etc., oder, wie nun in meinem Fall, das Gespräch mit einer Besuchergruppe aus dem Wahlkreis.

Für uns alle hatte dieser Mittwochmorgen anders begonnen, als viele erwartet hatten. Donald Trump war zum 45. Präsidenten der USA gewählt worden. Ich berichtete von Hannelore Krafts Appell an das gesamte Parlament, in dem sie ihrer Hoffnung Ausdruck gab, dass in NRW und in ganz Deutschland niemals ein Wahlkampf so viel Hass und Ausgrenzung hervorbringen möge, wie es in den USA nun der Fall war.



Ich berichtete den Besucherinnen und Besuchern von meiner vielfachen Erfahrung, dass oft einfache Antworten auf komplexe Fragen erwartet werden – meistens aber gibt es keine einfachen Antworten. Wir, Politikerinnen und Politiker, müssen informieren und erklären, und Bürgerinnen und Bürger müssen sich informieren wollen und – zuhören wollen. Ich denke, auch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen habe ich deshalb meinen Gästen gegenüber mein Angebot erneuert: Bitte sprechen Sie mich, oder die Kollegen und Kolleginnen an!

Klar gilt auch hier: Es gibt keine „dummen“ Fragen! Nur wenn wir alle im Gespräch sind und bleiben, können Entscheidungen verstanden und diskutiert werden! Wie immer ging die Zeit mit der Besuchergruppe viel zu schnell vorbei. Mein Dank gilt allen, die meiner Einladung folgen konnten, besonders aber Karl-Heinz Moß und Michael Siegenbrück von den „Freunden des Zollstocker Dienstagszugs“ für die Organisation der Fahrt, Robert Hellendahl vom Förderkreis Theophanoplatz, der mir mit der Broschüre „Fischreiterbrunnen“ ein Stück Heimatgeschichte Zollstock mitgebracht hatte, und den „Chevaliers von Cöln 2009“, vertreten durch ihren Präsidenten Michael Schwarz-Harkämper, für ihr ehrenamtliches Engagement „Feiern und helfen – für Menschen in Köln“, besonders aber für die Sessions-Spange 2017. Von der limitierten Auflage (111 Exemplare) wurde mir das Exemplar mit der Nummer 13 verliehen – wunderbar passend für meinen Wahlkreis 13! Wenn das kein gutes Omen für die Session 2016/2017 und die Landtagswahl im Mai 2017 ist!

Die Opposition und ihre Anträge

Die CDU und die Autobahnbrücken in Leverkusen

Die FDP und das E-BAFÖG

Die Piraten und das Praxissemester im Lehramtsstudium

Ich wähle dieses Thema für den Newsletter nicht, weil diese Anträge inhaltlich von so großer Bedeutung wären, sondern weil sie typisch sind für das Vorgehen der Opposition. Es ist mir wichtig, das dahinter liegende System aufzuzeigen, denn häufig hören sich die Forderungen ganz vernünftig an und vor allem sind sie populär. Aber genug der Vorrede. Wie sieht das Schema aus, das hinter diesen Anträgen steckt? "Lieblings"themen werden immer wieder hochgezogen. Bei den Piraten ist das die Digitalisierung, bei der FDP die Benachteiligung der Wirtschaft durch überbordende Bürokratie und bei der CDU die Position von NRW in Rankings. Dazu gibt es in jeder Plenarrunde mindestens einen Antrag, weil sie hoffen, dass steter Tropfen den Stein höhlt und die produzierten Halbwahrheiten irgendwann verfangen. Denn das ist ein weiterer Punkt: mehr oder minder geschicktes Jonglieren mit Fakten. Die werden einseitig dargestellt oder aus dem Zusammenhang gerissen. Immer ist ein Körnchen Wahrheit dabei und daraus wird dann eine Geschichte konstruiert. Und das vielleicht perfideste ist: es wird mit Empörung gearbeitet. Es werden Ängste (aus)genutzt, Ärgernisse zu politischen Skandalen hochstilisiert, Einzelbeispiele verallgemeinert. Diese Vorgehensweise erleben wir in einer extremen Form bei den Rechtspopulisten, aber sie sind eben auch "Stilmittel" bei den Oppositionsparteien im Landtag.

An den o.g. Beispielen aus dieser Plenarrunde will ich das verdeutlichen:

Die CDU beklagt gleichzeitig die schlechten Straßen, die mangelnden Investitionen in deren Verbesserung und die Staus aufgrund der Baustellen. Populär, aber nicht wirklich stringent. Denn ohne Baustellen wird es keine besseren Straßen geben. Das weiß selbstverständlich auch die CDU! Oder die FDP: Sie stellt Schwierigkeiten bei der elektronischen Bearbeitung von BAFÖG-Anträgen fest. Ignoriert, dass sie selbst immer wieder solche unbürokratischeren Möglichkeiten gefordert hat und dass das System erst im August eingeführt wurde und daher noch nicht eingeübt sein kann. Die Piraten allerdings sind die absoluten Meister in dieser Form von Antragstellung. Die Vergütung des Praxissemesters für Studierende im Lehramtsstudium war eine solche. Hört sich gut an, ignoriert aber die Fakten. Denn die Studierenden fast aller Fachrichtungen machen Praxisstationen ohne "Vergütung", es wird auch noch keine Arbeitsleistung erbracht, also kein Unterricht erteilt und das wichtigste: parallel zur Einführung hat eine umfassende Befragung ergeben, dass alle Beteiligten hoch zufrieden sind. Alle, außer den Piraten. Selbstverständlich greifen auch die Oppositionsparteien wirkliche Probleme auf und weisen auf Verbesserungsmöglichkeiten hin. Aber in vielen Fällen sind ihre Anträge oder ihre Presseverlautbarungen eben schlampig recherchiert bis böse konstruiert. Und deshalb bitte: mit Vorsicht "genießen", nicht vorschnell als Wahrheit akzeptieren und im Zweifel gerne bei uns, euren Landtagsabgeordneten, nachfragen.

In diesem Sinne viel Vergnügen bei der Beobachtung dieser oder der nächsten Plenarrunden.

11.11.2016**PRESSEMITTEILUNG der Kölner SPD-Landtagsabgeordneten****Bewilligung der fünf Kölner Projektanträge zur Quartiersförderung durch das Land NRW**

Stellvertretend für die sieben Kölner SPD-Landtagsabgeordneten erklärt Jochen Ott, stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag, hinsichtlich der durch Minister Michael Groschek nun bewilligten Landesmittel zur Quartiersförderung:

„Nachdem gestern das Land bereits großzügig Mittel für das Kölner Stadtentwicklungsprogramm „Starkes Veedel – Starkes Köln“ zugesagt hat, erfolgte heute die nächste gute Nachricht für die Kölner Veedel: allen fünf vom Kölner Rat gestellten Anträgen zur Quartiersförderung in benachteiligten Stadtteilen wurde vom Land stattgegeben. Die Beantragung von Landesmitteln durch die Stadt Köln erfolgte auf eine Initiative der Kölner SPD-Ratsfraktion. Mit einem aktuellen Programm zur Förderung von benachteiligten Stadtquartieren hatte das Land diesen Herbst zusätzliche Mittel zur Quartiersförderung den Kommunen zur Verfügung gestellt. Das reicht von Spiel- und Bolzplätzen über Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen und Schulen bis zu öffentlichen Plätzen und Gemeinschaftseinrichtungen. Nun waren die Städte und Kommunen gefragt, entsprechende Anträge zu derartigen Vorhaben vor Ort beim Land einzureichen.

Mithilfe der nun vom Land bereit gestellten Mittel können fünf entscheidende Vorhaben zur Quartiersentwicklung in unseren Kölner Veedeln endlich realisiert werden – dazu gehört der Neubau des Vereinsheims der Sportanlage Zaunhofstraße in Meschenich, Neugestaltung und Sanierung der beiden Bolzplätze Böckingpark und Wichheimer Straße in Mülheim und Buchheim, Umgestaltungsmaßnahmen am sog. REWE-Platz an der Piccoloministraße in Holweide sowie die Umgestaltung der Kalker Stadtteilbibliothek mit Schwerpunkt im Kinder- und Jugendbereich. Bei all diesen Projekten ist eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und insbesondere auch der Kinder und Jugendlichen im Quartier geplant.

Die umfassende Bewilligung aller Kölner Anträge ist somit ein großer Erfolg! Besonders profitieren werden davon die Kinder und Jugendlichen vor Ort, die in Zukunft mehr attraktive Plätze und Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung in ihren Quartieren zur Verfügung haben werden.

Schade ist es, dass die Kölner Verwaltung nicht in der Lage war, Projekte in allen neun Stadtbezirken dem Land vorzuschlagen. Wir erwarten, dass die Stadt bei künftigen Förderprogrammen Projekte in allen Kölner Stadtbezirken vorschlagen wird.“

Terminhinweise:

Lisa Steinmann, MdL

Mit Lisa hinter die Kulissen: RheinEnergie Stadion

Mittwoch, 7. Dezember 2016, 16:30 Uhr

RheinEnergie Stadion, RheinEnergie Stadion, Köln

Viele kennen das RheinEnergie Stadion in Müngersdorf, Heimstätte des 1. FC Köln, aus dem Fernsehen oder waren selbst vor Ort. Die Landtagsabgeordnete Lisa Steinmann lädt interessierte Bürgerinnen und Bürger ein, einen Blick ins Innere des Stadions zu werfen und den Ablauf hinter einem Fußballspiel kennenzulernen. Im Anschluss steht Alexander Wehrle, Geschäftsführer des FC, für eine Diskussion zur Verfügung. Um verbindliche Anmeldung unter fabian.stangier@landtag.nrw.de wird gebeten. Begrenzte Teilnehmerzahl

Mit Lisa hinter die Kulissen: Weihnachtsmarkt am Rudolfplatz

Mittwoch, 13. Dezember 2016, 17:00 Uhr

Weihnachtsmarkt Nikolausdorf Köln, Rudolfplatz

Weihnachten rückt mit großen Schritten näher und die ganze Stadt kleidet sich weihnachtlich. Aber wie sieht der Alltag auf einem Weihnachtsmarkt aus? Wie sieht es auf dem Weihnachtsmarkt vor dem großen Ansturm aus? Die Landtagsabgeordnete Lisa Steinmann lädt interessierte Bürgerinnen und Bürger ein einen Blick hinter die Kulissen des Weihnachtsmarkt am Rudolfplatz zu werfen. Um verbindliche Anmeldung unter fabian.stangier@landtag.nrw.de wird gebeten. Begrenzte Teilnehmerzahl!

Die Kölner SPD Landtagsabgeordneten - Wer ist zuständig für welche Fragen?

Falls Sie einmal eine weitergehende Frage haben sollten, wenden Sie sich gerne an unsere Abgeordneten persönlich. Bei allgemeinen Fragen wenden Sie sich bitte an das Gemeinschaftsbüro der Landtagsabgeordneten in der Magnusstraße 18b unter 0221- 99 55 99 74 oder per Mail an unsere Mitarbeiterinnen Judith Silbernagel (judith.silbernagel@landtag.nrw.de) oder Greta Schroers (greta.schroers@landtag.nrw.de)

Martin Börschel:

Verfassungskommission, Haushalts- und Finanzausschuss, stv. Vorsitzender PUA Silvesternacht 2015

Mail: martin.boerschel@landtag.nrw.de

Stephan Gatter:

Sprecher Haushaltskontrolle, Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hauptausschuss, stv. Mitglied PUA Silvesternacht 2015

Mail: stephan.gatter@landtag.nrw.de

Ingrid Hack:

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und stv. Vorsitzende des Integrationsausschuss - darüber hinaus ordentliches Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss für Bauvorhaben unter Leitung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW, Vorsitzende Enquetekommission Zukunft der Familienpolitik in NRW

Mail: ingrid.hack@landtag.nrw.de

Gabriele Hammelrath:

Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung und Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Mail: gabriele.hammelrath@landtag.nrw.de

Andreas Kossiski:

Stv. Vorsitzender Innenausschuss und Mitglied des Sportausschusses, Verfassungskommission, SPD-Obmann NSU-Untersuchungsausschuss

Mail: andreas.kossiski@landtag.nrw.de

Jochen Ott:

Stv. Vorsitzender der Fraktion und dort zuständig für den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Mail: jochen.ott@landtag.nrw.de

Lisa Steinmann:

Ausschüsse Kultur & Medien, Kommunalpolitik (stellv. Sprecherin) und Hauptausschuss, Vorsitzende der Ehrenamtskommission

Mail: lisa.steinmann@landtag.nrw.de